

# STANDORTNATIONALISMUS

Christoph Butterwegge

*Der neuere Standortnationalismus ist ein auf die Wettökonomie angewandter Sozialdarwinismus, welcher unter Berufung auf „nationale Tugenden“ die Überlegenheit des eigenen Industriestandorts gegenüber anderen Volkswirtschaften einklagt. Er klassifiziert die Rücknahme sozialer Reformen als „Modernisierung“, betreibt eine „Reindividualisierung“ sozialer Risiken, worunter Personen mit einem hohen Gefährdungspotential und relativ niedrigem Einkommen am meisten zu leiden haben. Er kommt aus dem Zentrum - nicht von den Rändern - der Gesellschaft, wobei er die Überzeugung vieler Menschen ausnutzt, einem besonders fleißigen, tüchtigen und intelligenten Volk anzugehören.*

Die öffentliche Debatte über Globalisierung, „Standortsicherung“ und den Umbau des Sozialstaates leidet seit ihrem Beginn unter einer pauschalen Gleichsetzung von Denationalisierungserscheinungen in der Ökonomie einerseits und bestimmten gesellschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen, wie sie das neoliberale Wettbewerbsmodell fordert (Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung), andererseits. Es wäre sinnvoll, deutlicher zwischen diesem Konzept mächtiger Interessengruppen zur Reorganisation fast aller Gesellschaftsbereiche nach marktwirtschaftlichen Funktionsprinzipien und ökonomischen Konkurrenzmechanismen („Standortsicherung“), das die Regierungen der westlichen Industriestaaten präferieren, sowie der Globalisierung als einem Prozess mit der impliziten Tendenz zur Überwindung territorialer, national(staatlich)er Grenzen zu differenzieren, welche seit jeher ein Menschheitsstraum war.

## **Begriff, Entstehungsgeschichte sowie theoretische und empirische Grundlagen von Globalisierung**

Dass der Terminus „Globalisierung“ eine so große Resonanz in Fachwissenschaft und Öffentlichkeit findet, hängt wesentlich mit seiner Ambivalenz zusammen: Er transportiert sowohl die Hoffnung von Millionen BürgerInnen, viele Jahrtausende alte Fesseln, Beschränkungen und soziale Borniertheiten abschütteln zu können, wenn ferne Länder und Kontinente einander durch moderne Informations-, Kommunikations- und Transporttechnologien näher rücken, als auch die verbreitete Furcht, durch die Art und Weise ihrer Anwendung seitens der (ökonomisch) Herrschenden traditionelle Bindungen und bewährte Sicherungsgarantien einzubüßen.

„Globalisierung“ gilt als Kind der Moderne, das auf die frühbürgerliche Gesellschaft und den europäischen Kolonialismus zurückgeht. David Harvey zufolge war die Globalisierung spätestens seit 1492 im Gange; sie stellt für ihn einen Bestandteil der kapitalistischen Entwicklung dar. Der britische Historiker Harold James datiert den Beginn dieses Prozesses auf den 15. November 1975, jenen Tag, an dem in Rambouillet der erste „Weltwirtschaftsgipfel“ stattfand. Spätestens mit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 und dem nachfolgenden Kollaps „realsozialistischer“ Staatssysteme in Ost- bzw. Ostmitteleuropa erfasste die Herrschaft des Marktes den ganzen Planeten. Die privatkapitalistische Wirtschaft war zwar immer schon auf den Weltmarkt orientiert, konnte ihn jedoch so lange nicht herstellen, wie der Staatssozialismus in Ost- und Mitteleuropa den Kapitalfluss begrenzte.

Stephan Adolphs, Wolfgang Hörbe und Serhat Karkayali unterscheiden drei Grundpositionen der Globalisierungsdiskussion voneinander, die sie als „Sachzwang-“, „Ideologie-“ und „Projektthese“ bezeichnen. Erstere bilde „eine Form des Ökonomie-Fetischs“, die ignoriere, dass Veränderungen der Weltwirtschaft auch das Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe und politischer Entscheidungen seien. Die VertreterInnen der Ideologietheorie leugneten nicht nur die Umbrüche und Veränderungen, die zu einer neuen Qualität des kapitalistischen Reproduktionszusammenhangs geführt haben; mit ihrem aufklärerischen Habitus übersähen sie die Wirkungsmächtigkeit von Ideologie, die nur als eine Art „falsches Bewußtsein“ verstanden werde. Globalisierung müsse demgegenüber als Bestandteil und Resultat einer Vielzahl von „Politikprojekten“ begriffen werden, die andere Formen der Regulation zu etablieren suchten, um die sich wegen permanenter Krisenprozesse häufenden gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte einzuhegen.

Durch eine Vielzahl unterschiedlicher Ereignisse und Entwicklungstendenzen, die transnationalen Akteuren („global players“), besonders weltweit operierenden Großunternehmen, gewisse Vorteile verschaffen, entsteht der Eindruck, „Globalisierung“ sei ein quasi eigengesetzlicher, aus sich selbst

heraus Wirkungsmacht entfaltender Prozess. Die ökonomische Globalisierung erfolgt jedoch weder naturwüchsig, noch ist der darunter subsumierte Prozess bloß ein „Phantom“, wie etwa Ulrich Dotata mutmaßt. Nicht die Globalisierung selbst, sondern der sehr weit verbreitete Glaube, ihre Deformation zur neoliberalen Modernisierung mehrte den Wohlstand aller Wirtschaftsstandorte (Städte, Regionen, Nationen) und BürgerInnen, ist ein Mythos, welcher von den Macht- und Herrschaftsverhältnissen im Gegenwartskapitalismus ablenkt.

### **Ungleichheit als Projekt: Abschied vom Sozialstaat?**

Seinen bis heute dauernden Siegeszug trat der Neoliberalismus, zuerst meist „Neokonservatismus“ genannt, bereits gegen Ende der 70er-/Anfang der 80er-Jahre an. Damals wurden in den USA und Großbritannien (unter Ronald Reagan bzw. Margaret Thatcher) liberalkonservative Regierungen gebildet, die den lange dominierenden Keynesianismus durch eine „Angebotsökonomie“, verbunden mit einer Schwerpunktverlagerung von der Fiskal- zur Geldmengenpolitik (Monetarismus) und restriktiver Budgetpolitik (Austeritätskurs) des Staates, ersetzen. Der moderne Wohlfahrtsstaat wurde ganz in den Dienst des Marktes gestellt und den Gewinninteressen seiner kapitalkräftigsten Teilnehmer untergeordnet. Aus einer Wirtschaftstheorie, die durch Steuererleichterungen bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital schaffen wollte, entwickelte sich eine Sozialphilosophie, welche die ganze Gesellschaft nach dem Modell der Leistungskonkurrenz (um)gestalten will, wobei ihr der Wettbewerb zwischen „Wirtschaftsstandorten“ unterschiedlicher Größe zum Wundermittel für die Lösung aller sozialen Probleme gerät.

Unter dem wachsenden Druck neoliberaler Strömungen in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft wurde die Kritik am vorgeblich überhöhten Leistungsniveau und massenhaften Leistungsmissbrauch des Sozialstaates seit Mitte der 70er-Jahre zur Institutionenkritik verdichtet. Sie gewann gegen Ende der 80er-/Anfang der 90er-Jahre eine neue Qualität, weil soziale Sicherheit jetzt als „Standortrisiko“ für die Allgemeinheit, nicht mehr bloß als Gefahr für die Freiheit des einzelnen Bürgers, erschien.

Wenn ganze Gesellschaften als bloße „Wirtschaftsstandorte“ fungieren, deren Wettbewerbsfähigkeit über das Wohlstandsniveau ihrer BürgerInnen entscheidet, kann das Soziale keine (große) Rolle mehr spielen. Tatsächlich bedeutet die Herrschaft des Marktes aber mitnichten, dass Abschied vom (Sozial-)Staat genommen wird. Vielmehr wird das Verhältnis von Politik und Ökonomie neu definiert, die Staatsapparate werden strukturellen Veränderungen unterworfen sowie die Ziele und Aufgaben staatlicher Politik erheblich modifiziert.

Das neoliberale Projekt einer Standortpolitik bezweckt eine Neuverteilung von Reichtum, Macht und Lebenschancen. Es versteht Globalisierung als „Gegenreform“ (Jörg Huffschmid), als Restauration des Kapitalismus vor John Maynard Keynes. Was als „Modernisierung“ klassifiziert wird, ist teils nur die Rücknahme demokratischer und sozialer Reformen bzw. Regulierungsmaßnahmen, mit denen die Staaten das Kapital einer gewissen Kontrolle unterwarfen. Es geht um die Ökonomisierung (fast) aller Gesellschaftsbereiche, deren Restrukturierung nach dem privatkapitalistischen Marktmodell und die Generalisierung seiner betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und Konkurrenzmechanismen.

Maßnahmen der Privatisierung öffentlicher Unternehmen, sozialer Dienstleistungen und allgemeiner Lebensrisiken, zur Deregulierung gesetzlicher Schutzbestimmungen sowie zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und -zeiten sind Schritte auf dem Weg in eine Gesellschaft, die Konkurrenz und Kommerz prägen. Privatisierung führt in einen Teufelskreis der Entsolidarisierung, weil sich die „besseren Risiken“ aus den allgemeinen Sozial(versicherungs)systemen zurückziehen, wodurch diese wiederum noch unattraktiver werden. Praktisch findet eine „Reindividualisierung“ sozialer Risiken statt, worunter Personen mit einem hohen Gefährdungspotenzial und relativ niedrigen Einkommen am meisten zu leiden haben. Allgemein gilt: Nur die Reichen können sich einen „schlanken“ (d.h. in Wahrheit: magersüchtigen) Staat leisten. Denn häufig schicken sie ihre Kinder auf Privatschulen und ausländische Eliteuniversitäten, kaufen alles, was ihr Leben verschönt, selbst und sind daher nicht auf öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken oder kommunale Einrichtungen angewiesen.

### **Neoliberalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus als Gefahr für die Demokratie**

Die neoliberale Hegemonie, wie man die Meinungsführerschaft des Marktradikalismus nennen kann, verschärft nicht nur die soziale Asymmetrie, sie ist vielmehr auch eine Gefahr für die Demokratie, weil sie Politik, begriffen als gesamtgesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess, durch sozialökonomische Selektionsmechanismen substituiert. Privatisierungstendenzen stärken sowohl die

gesellschaftliche Bedeutung wie auch den Einfluss des Kapitals. Somit läuft Privatisierung auf Entpolitisierung, diese wiederum auf Entdemokratisierung hinaus, weil nunmehr der Bourgeois auch jene Entscheidungen trifft, die eigentlich dem Citoyen bzw. der Citoyenne, dem Gemeinwesen sowie seinen gewählten Repräsentant(inn)en vorbehalten bleiben sollten.

Zuerst werden die Grundrechte von Menschen angetastet, denen man einen Missbrauch staatlicher Sozialleistungen umso eher vorwerfen kann, als sie sich als LeistungsempfängerInnen ohnehin in einer prekären Situation und extrem schwachen Rechtsposition befinden. Genannt sei nur die äußerst restriktive Handhabung des Ausländer- und Asylrechts im Sinne einer „Festungsmentalität“, bei der man durchaus von „institutionellem Rassismus“ sprechen kann.

Durch seine wahnhafte Fixierung auf den Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten schafft der Neoliberalismus einen Nährboden für jene Ideologie, die ich „Standortnationalismus“ nenne. Seit der welthistorischen Zäsur 1989/90 teilt sich der Nationalismus fast überall in zwei Strömungen: einen völkisch-traditionalistischen, protektionistisch orientierten Abwehernationalismus, der besonders in Staaten der früher sog. Zweiten Welt überwiegt, die ihre Marktöffnung als „Globalisierungsverlierer“ mit sozialen Verwerfungen bezahlen, sowie einen Standortnationalismus, der als Legitimationsbasis des Neoliberalismus fungiert und einer ökonomisch-technologischen Aufrüstung bzw. ideologisch-moralischen Aufwertung des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes dient, wo Industrieländer mit Erfolg modernisiert werden.

Der neuere Standortnationalismus ist ein auf die Weltökonomie angewandter Sozialdarwinismus, welcher unter Berufung auf „nationale Tugenden“ die Überlegenheit des eigenen Industriestandortes gegenüber anderen Volkswirtschaften einklagt. Er kommt - wie bisher noch jede Gefahr für die Demokratie - aus dem Zentrum, also nicht etwa von den „Rändern“ bzw. „Randgruppen“ der Gesellschaft, wobei er die Überzeugung vieler Menschen ausnutzt, einem besonders fleißigen, tüchtigen und intelligenten Volk anzugehören. Was den Standortnationalismus für die Eliten in Wirtschaft, Politik und Verwaltung besonders attraktiv macht, ist die damit verbundene Möglichkeit, den ArbeitnehmerInnen „zwecks Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ materielle Opfer abzuverlangen.

*Christoph Butterwegge, Politikwissenschaftler, ist Professor an der Universität Köln*

#### **Veröffentlichungen des Autors**

Butterwegge, Christoph/Hickel, Rudolf/Ptak, Ralf (1998): Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin (Elefanten Press)

Butterwegge, Christoph (1999): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, Opladen (Leske & Budrich)

Butterwegge, Christoph/Kutscha, Martin/Berghahn, Sabine (Hg.) (1999): Herrschaft des Marktes-Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden (Nomos)

Butterwegge, Christoph (Hg.) (2000): Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, Frankfurt am Main/New York (Campus)